

Thema

Grenzen und Notwendigkeit der Mädchenpolitik am Beispiel Hamburg

Heike Rupp

Hamburg 1980: Feministische Pädagoginnen stellen sich die Fragen: Was ist überhaupt Mädchenpolitik? Warum ist sie notwendig? An welche Grenzen stößt Mädchenpolitik? Hamburg 2008: Sitzung der LAG Mädchenpolitik Hamburg e.V.: Wie schätzen wir die aktuelle Situation der Mädchenarbeit innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg ein? Wo werden die Interessen und Lebenslagen von Mädchen in der Jugendhilfe diskutiert? Und welche Politik trägt dazu bei, dass die Kategorie Geschlecht keine Berücksichtigung findet?

Die kurze Bestandsaufnahme im Folgenden kann einen Beitrag zur Beantwortung dieser Fragen leisten, wobei wir uns wünschen, in diesem Punkt die fachliche Diskussion weiterzuführen.

Politik, Frauenpolitik, Mädchenpolitik – Eine kurze Bestandsaufnahme Was ist Politik? Politik ist ein „vielschichtiger Begriff, umfasst allgemein die Gesamtheit der Verfahren und Handlungen von einzelnen, Institutionen und Organisationen, die öffentliche Belange durch Entscheidungen regeln. In der Politikwissenschaft wird – in inhaltlicher Anlehnung an die Dreifachgliederung des Politikbegriffes im Englischen – zwischen Form (engl. ‚polity‘), Prozess (engl. ‚politics‘) und Inhalt (engl. ‚policy‘) von Politik unterschieden. Auf dieser Grundlage wird Politik definiert als die Gesamtheit der die öffentlichen Belange betreffenden institutionellen, prozessualen und entscheidungsinhaltlichen Dimensionen des ‚Strebens nach Macht oder nach Beeinflussung der Machtverteilung‘ (M. Weber), der Herrschaftsordnung und der auf verbindliche Regelung gesellschaftlicher Konflikte über

begehrte Güter gerichteten Bestrebungen.“ (Brockhaus 1992, 300)

Frauenpolitik Hier setzt die Frauenpolitik an, indem sie die geschlechtlichen Codierungen politischer Institutionen, Legitimationsmuster und Handlungsmuster analysiert und die grundlegenden Begriffe politischer Theorie wie Demokratie, Staat, Gerechtigkeit, Gesellschaft, Privatheit, Öffentlichkeit und Recht reflektiert.

So postulierte die neue Frauenbewegung ab den 1970er Jahren: „Das Private ist politisch“. Ein neuer feministischer Politikbegriff erweiterte den Bereich des Politischen und Politisierbaren. Die feministische Theorie der Politik stellt die traditionelle Trennung von öffentlicher und privater Sphäre in Frage.

Der zentrale Begriff der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung ist Gender, der die Dimensionen von Geschlecht, die soziale und politische Kategorie beinhaltet und damit stets auf das Geschlechterverhältnis und seine Hierarchien sowie die Herrschaftsverhältnisse, in denen es hergestellt wird, verweist.

Mittlerweile haben sich unterschiedliche Ansätze der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung herausdifferenziert und werden in jüngster Zeit meist mit dem Begriff Gender Studies zusammengefasst. (Vgl. Schneider 2004)

Mädchenpolitik Politik ist also nicht nur Vollzugsorgan gesetzlich festgelegter Interessen, sondern ist die Gestaltung der Rahmenbedingungen sozialen Zusammenlebens überhaupt. So macht „... Politik im Interesse von Mädchen sich primär zur Aufgabe, die Personengruppe Mädchen in das öffentliche Bewusstsein zu rücken und damit darauf hinzuwirken, dass sie

wahrgenommen, nach ihren Interessen gefragt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.“ (Bitzan/Daigler 2004, 187)

Mädchenarbeit und dann? Von der Forderung zur Umsetzung Geschichtlicher Exkurs

Die in den 70er Jahren des Zwanzigsten Jahrhunderts entstandene feministische Mädchenarbeit diskutierte die Lebenslagen von Mädchen in den pädagogischen Feldern. Eine grundlegende Diskussion über Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen im Rahmen der Angebote in der Jugendhilfe gab es zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht. Mit ihren weitreichenden Forderungen und ihrer berechtigten Kritik am bestehenden patriarchalen System stießen die Pädagoginnen innerhalb der Jugendhilfe häufig an Grenzen, wurden belächelt und mit einem Exotinnen-Label versehen.

Dies änderte sich auch nicht mit dem 6. Jugendbericht der Bundesregierung (1984), der sich ausschließlich auf Mädchen und ihre Lebenslagen bezog. Obwohl dieser Bericht die Positionen und Forderungen feministischer und parteilicher Mädchenarbeit aufnahm, veränderte sich in der konkreten Jugendhilfe für die Zielgruppe Mädchen kaum etwas.

Auch der Gleichberechtigungsanspruch (z.B. in der Einrichtungs- und Projektfinanzierung mit der Verteilung 50:50) wurde zwar sprachlich weitestgehend anerkannt, eine konkrete Umsetzung fand jedoch in der Jugendhilfe kaum statt.

Das im Bundesjugendplan Anfang der 90er Jahre ausgewiesene Mädchenförderprogramm trug dann zu mehr Akzeptanz und Ausweitung des Ansatzes bei und fand letztendlich seinen

Niederschlag im Kinder- und Jugendhilfegesetz, das 1990 in Kraft getreten ist. So ist im § 9,3 KJHG geregelt, dass alle Leistungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe „die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern“ ist.

An dieser Stelle sind die Ziele feministischer Mädchenarbeit und -politik zumindest auf der gesetzlichen und strukturellen Ebene erreicht, die geforderte Anerkennung der Kategorie Geschlecht als Qualitätskategorie gesetzlich verankert.

Auf diesem Hintergrund konnte sich die Mädchenpolitik als Einmischungspolitik in jugendpolitischen Handlungsfeldern professionalisieren. Es entstanden landesweite Zusammenschlüsse in Form von Landesarbeitsgemeinschaften und Ende der 90er Jahre eine bundesweite Organisation, die Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik¹. Zum Teil arbeiten diese Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII und sind damit als jugendhilfepolitische Gremien anerkannt.

Von der Mädchenarbeit zum Gender Mainstreaming

Mädchenpolitik und ihre Ziele im Wandel der Zeit Die politisch bestimmten Ziele und Grundsätze der Mädchenarbeit, die in den 70er Jahren von Mädchenarbeiterinnen postuliert wurden, sind ebenfalls dem jugendhilfepolitischen Wandel unterzogen. Zur Erinnerung hier die Ziele und Grundsätze der Mädchenarbeit:

- die Entwicklung und Etablierung mädchengerechter Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe,
- die Einführung, der grundsätzlichen Qualitätskategorie Geschlecht und
- die Absicherung von Mädchenangeboten.

Die Ziele wurden in den ersten beiden Punkten zum größten Teil eingelöst. Was die Angebote betrifft, waren diese noch nie abgesichert und stehen heute, in Zeiten eines (falsch verstandenen) Gender Mainstreamings, in der kommunalen Jugendhilfepolitik wieder zur Debatte.

Auch die von der Mädchenarbeit entwickelten Grundsätze, wie:

- Mädchen/Jugendliche und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt zu stellen (Ganzheitlichkeit, Lebenslagenorientierung),
- sie zu begleiten und Orientierung zu bieten statt fremdbestimmte Ziele zu verfolgen (Beziehungsarbeit, Partizipation),
- deutlich auf der Seite der Mädchen/Jugendliche zu stehen (Parteilichkeit, Beziehungsarbeit)

hoben sich von der damaligen Jugendarbeit sehr stark ab. Zwar wurden in der Jugendarbeit Themen wie Partizipation, Emanzipation und Beziehungsarbeit schon früh diskutiert, fanden aber keine Umsetzung in pädagogischen Konzepten der Jugendhilfe. Diese Ziele und Grundsätze der Mädchenarbeit waren ganz andere als die der übrigen Jugendhilfe und bildeten damit ein spezifisches Qualitätsmerkmal der Mädchenarbeit. (Vgl. Wallner 2008, 11)

„Dreißig Jahre sind vergangen, seit Mädchenarbeit ihre Ziele und Grundsätze entwickelte und damit einen exklusiven Ansatz schuf. Dreißig Jahre, in denen sich vieles verändert hat: das Selbstverständnis der Kinder- und Jugendhilfe, ihr Umgang mit Geschlechterfragen, gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse und auch die Mädchenarbeit selbst.“ (Wallner 2008, 13)

So stellt Wallner fest, dass viele dieser Grundsätze in ihrer Bedeutung für die Mädchenarbeit

eingebüßt haben, weil die übrige Jugendhilfe sie ebenso propagiert. So werden ganzheitliche Ansätze, Sozialraumorientierung und Partizipation als Qualitätsstandards in der gesamten Jugendhilfe angesehen. Damit vollzog sich eine Angleichung in den Grundsätzen der Jugendhilfe und Mädchenarbeit, die zwar nichts von ihrer Qualität verloren haben, aber von ihrer Exklusivität. Geblieben sind der Mädchenarbeit, so konstatiert Wallner, zwei Qualitätsmerkmale:

- die Fachkompetenz bezüglich der Lebenslagen von Mädchen und
- die „eigenen Räume für Mädchen“. (Vgl. Wallner 2008)

Dieser „Verlust“ an Exklusivität der Mädchenarbeit bei gleichzeitigem Gewinn der Jugendarbeit, gepaart mit der Gender-Mainstreaming-Strategie lässt die Legitimierung von Mädchenpolitik und -arbeit als große Herausforderung der heutigen Zeit erscheinen.

Wird heute von geschlechtsspezifischer Arbeit gesprochen, meint dies nicht, wie Jahre zuvor, ausschließlich die Mädchenarbeit, sondern auch Jugendarbeit, geschlechtergerechte Koedukation und Cross Work.

In den Zeiten der Gender-Debatten haben sich diese Ansätze geschlechterbewusster Arbeit entwickelt. Damit ist die angestrebte Chancengleichheit noch lange nicht erreicht. So droht Mädchen und jungen Frauen bei bester Qualifizierung auch heute noch perspektivisch ein Minderverdienst von 27% bei gleicher Arbeit, um nur ein Beispiel zu nennen.

Mit Gender Mainstreaming als Doppelstrategie könnte langfristig die Geschlechtergerechtigkeit hergestellt werden.

Gender Mainstreaming „Gender Mainstreaming ist ein Instrument, mit dem das Ziel der Geschlech-

1 www.maedchenpolitik.de/

terdemokratie oder Chancengleichheit erreicht werden kann. Es ist jedoch nur ein Instrument, das die bisherigen Instrumente ergänzt und nicht ersetzt. Eine Organisation, die Geschlechterdemokratie und Chancengleichheit herstellen will, wird Gender Mainstreaming nutzen, um dieses Ziel noch besser zu erreichen als vorher. Die Ergänzung bezieht sich vor allem auf die geschlechtergerechte Gestaltung der (politischen) Produkte der Organisation. Gender Mainstreaming erweitert damit die Frauenfördermaßnahmen, die sich auf die geschlechtergerechte Verteilung der Arbeit innerhalb der Organisation bezieht, um viele andere Felder.“ (Stiegler 2001)

Gender Mainstreaming ist eine Doppelstrategie und kann auch nur als solche gesehen und verfolgt werden. „Demnach ist Gender nicht gleich Mädchenarbeit, aber Gender ersetzt Mädchenarbeit auch nicht.“ (Wallner 2008, 24)

Politische Instanzen bedienen sich gerne der einen Hälfte dieser Strategie, wobei die zweite Hälfte, nämlich die Mädchen- und Frauenförderung, aus dem Blick gerät bzw. ihre Notwendigkeit zur Umsetzung des Gender Mainstreaming keinerlei Beachtung findet. In einem neoliberalen politischen Kontext werden geschlechtsspezifische Chancen und Ungerechtigkeiten einfach ignoriert. Frei nach dem Motto: „Alle können alles erreichen, sie müssen nur Leistung bringen.“

Umso dringender braucht die Mädchenpolitik Institutionen, die Interessen, Lebenslagen und Bedingungen von Mädchen im Blick haben und weiterhin entsprechende Forderungen formulieren und durchsetzen.

Institutionen der Mädchenpolitik in Hamburg Am Beispiel von Hamburg zeigt sich die

institutionalisierte Mädchenpolitik im Zusammenschluss verschiedener Mädcheneinrichtungen und Fachfrauen in der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik Hamburg e.V., durch die Vertreterinnen der Mädchenarbeit in den sieben bezirklichen Jugendhilfeausschüssen, und in den Mädcheneinrichtungen vor Ort. Diese werden gefördert auf der Grundlage der Hamburger Globalrichtlinien zur Kinder- und Jugendarbeit: „4.3.2 Geschlechtsspezifische Nutzung

Die Bezirksämter stellen sicher, dass die regionale Angebotsstruktur der Kinder- und Jugendarbeit die geschlechtsspezifischen Interessen, Bedürfnisse und Entwicklungschancen berücksichtigt und der Ressourceneinsatz dem Ziel der Verteilungsgerechtigkeit in den Angeboten für Jungen und Mädchen bzw. weiblichen und männlichen Jugendlichen Rechnung trägt.“ (Freie und Hansestadt Hamburg 2005, 5)

Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik Hamburg e.V.

Die Ziele und Aufgaben der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik Hamburg e.V.² sind heute wie vor rund dreißig Jahren ähnliche: Denn die LAG

- „bündelt und entwickelt fachliche Standards für eine geschlechtsbezogene Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen,
- will durch konkrete Lobbyarbeit, regionale Vernetzung, Weiterbildung und die Erarbeitung von Positionen und fachlichen Standards die Belange von Mädchen und jungen Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen verankern,
- vertritt die Interessen von Mädchen und jungen Frauen in allen Feldern der Jugendhilfe, in Schule, in Ausbildung und Arbeit, in

Kultur und Gesellschaft³,

- bietet eine Hamburgweite und trägerübergreifende Vernetzung,
- leistet mädchenpolitische Lobby- und Gremienarbeit z.B. durch Vertretungen im Landesjugendhilfeausschuss, in den bezirklichen Jugendhilfeausschüssen, in den AGs nach § 78 und vielen Vernetzungs- und Kooperationsgremien.

Sie ist ein Forum für eine mädchenpolitische Standortbestimmung.“ (Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik Hamburg e.V.)

Diese mädchenpolitische Standortbestimmung wird in Anbetracht der aktuellen Hamburger Gleichstellungspolitik dringender denn je. Die Einsicht, dass „die gleiche gesellschaftliche Teilhabe“ erreicht werden soll und auf die Umsetzung des Artikels 3 Abs. 2 der Hamburgischen Verfassung⁴ hingewirkt wird, beruhigt zwar ungemein, Zweifel bestehen aber an der Umsetzung durch den Hamburger Senat.

So ist dem Haushalt 2009/2010 der Freien und Hansestadt Hamburg zu entnehmen: „Mit der *Gleichstellungspolitik* wird auf eine rechtliche Gleichstellung von Männern und Frauen hingewirkt und es soll die gleiche gesellschaftliche Teilhabe erreicht werden. Daneben sollen Familie und Beruf besser miteinander vereinbart werden.

Wesentliche Tätigkeitsfelder sind der gleichberechtigte Zugang zum Beruf und zu beruf-

³ siehe „Mädchen in Sicht“ eine Öffentlichkeitskampagne von Mädchen und jungen Frauen. Weitere Informationen unter: www.maedchenpolitik-hamburg.de

⁴ Artikel 3 [Rechtsstaat, Volkssouveränität, Gleichstellung]

(1) Die Freie und Hansestadt Hamburg ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird nach Maßgabe der Verfassung und der Gesetze ausgeübt. Sie hat auch die Aufgabe, die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern. Insbesondere wirkt sie darauf hin, dass Frauen und Männer in kollegialen öffentlich-rechtlichen Beschluss- und Beratungsorganen gleichberechtigt vertreten sind.

² www.maedchenpolitik-hamburg.de/

lichen Entwicklungen sowie die Gleichstellung im Bereich der sozialen Sicherung; ein weiterer Schwerpunkt ist die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Dies geschieht in Form von Stellungnahmen und Initiativen zu Gesetzgebungsverfahren, Entwicklung und Durchführung eigener Maßnahmen und Projekte, Beratung und Unterstützung anderer Institutionen sowie der Mitwirkung in Beiräten und Gremien. Die Aufgabenwahrnehmung orientiert sich an der Handlungsstrategie des Gender Mainstreaming.“ (Freie und Hansestadt Hamburg 2008b, 2)

Recherchen zufolge wird nicht deutlich, was die Hamburger Politik unter Gender Mainstreaming versteht und wie sie diese Handlungsstrategie faktisch einsetzt wird. So vermisst man z.B. zwei Bundesländer, darunter auch Hamburg, auf der Internetseite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zur Umsetzung des Gender Mainstreaming 2001 entwickelte der damalige Senat zwar ein Leitpapier zur Umsetzung von Gender Mainstreaming (vgl. Senatsamt für die Gleichstellung 2001), was jedoch durch die Neuwahlen in Vergessenheit geriet. Hinzu kommt, dass die Freie und Hansestadt Hamburg ein frauenpolitisches Signal gesetzt hat, wie an der folgenden Darstellung der Hamburger Bürgerschaft deutlich wird: „Ein Beispiel für eine Neugestaltung war die Leitstelle für die Gleichstellung der Frau. Sie ging auf die Initiative Hamburger Parlamentarierinnen zurück und wurde 1979 als Dienststelle der Senatskanzlei eingerichtet. Sie war damit unmittelbar dem ersten Bürgermeister unterstellt. Die Leitstelle, deren Kompetenzen sich nur auf Kontroll- und Beratungsfunktionen beschränkte, erwies sich schließlich als immerhin erster Schritt auf einem langen Weg für die

gesellschaftliche Umsetzung der Gleichstellung. Gleichzeitig war sie ein Forum für alle frauenrelevanten Themen. Fraueninteressen wurden aufgrund der Arbeit dieser Stelle fortan deutlicher formuliert und bewusster wahrgenommen. 1991 wurde die Leitstelle in ein selbstständiges Senatsamt für die Gleichstellung mit einer Senatorin an der Spitze umgewandelt. Ende des Jahres 2003 wurde das Senatsamt vom Senat aufgelöst. Die Aufgaben werden nunmehr von der Behörde für Soziales und Familie wahrgenommen.“ (Hamburgische Bürgerschaft 2008) In der Folge wurden Mädchen- und Frauenprojekte massiv gekürzt.

Die BSF fasst sowohl die „Fraueninteressen und frauenrelevanten Themen“ als auch die Gleichstellungspolitik in den zwei Themenschwerpunkten Beruf und Familie zusammen, wie die folgenden Publikationen zeigen:

- „Hamburger Karriereschmiede“,
- „Familienbewusste Personalpolitik“,
- „Anruf genügt... Rat und Hilfe für Frauen“⁵,
- „TechnikDuo – Mentoring für junge Frauen in ‚Männerberufen‘“
- „Berufe in Erziehung, Bildung, Pflege – auch was für Jungs!“,
- „Geschlechtsspezifische Berufswahl“. (Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz 2008a)

Hamburg setzt auf Diversity

Die derzeitige Koalition aus GAL und CDU einigte sich auf eine neu einzurichtende Arbeitsstelle mit dem Arbeitstitel: „Vielfalt in der Stadt“. Die Gleichstellung der Geschlechter wird darin als eine unter anderen Aufgaben benannt: „Die Koalitionspartner verabreden die Einrichtung einer bei der Justizbehörde angesiedelten Arbeitsstelle, in der folgende

Aufgaben gebündelt werden:

- Aufklärung über und Maßnahmen gegen Rassismus einschließlich der
- Kommission gegen Rechtsextremismus,
- Controlling der Umsetzung des AGG inklusive der Koordination lokaler Aktivitäten,
- Zentrale Ansprechstelle für interkulturelle Fragen und Angelegenheiten,
- Zentrale Ansprechstelle für Fragen und Angelegenheiten der Gleichstellung,
- Zentrale Ansprechstelle für Fragen von Altersdiskriminierung.“ (Koalitionsvertrag 2007, 50)

Deutlich wird, dass sich die derzeitige Hamburger Politik von der Kategorie Geschlecht als zentralen Analysebegriff verabschiedet und so zum Beispiel Altersdiskriminierung oder Rassismus ohne einen differenzierten Blick auf die Geschlechter bearbeiten wird.

Es ist zu befürchten, dass somit Mädchen und Frauen, ihre Interessen und Lebensbedingungen bei der oben genannten Aufgabenstellung in großen Teilen nicht mehr vorkommen, sie lediglich losgelöst und quasi am Rande behandelt werden. Damit besteht die Gefahr, dass diese Arbeitsstelle „Vielfalt in der Stadt“ in ihrer politischen Bedeutung hinter die Gender-Mainstreaming-Strategie zurückfällt. Der grundsätzlich positiv zu bewertende Aspekt der Gender-Mainstreaming-Strategie, bei jeder Entscheidung oder politischen Regelung die Auswirkungen auf beide Geschlechter zu berücksichtigen, um Geschlechtergerechtigkeit herzustellen, wird so nicht mehr verfolgt werden.

Damit befindet sich die Mädchenpolitik in einem Dilemma: Einerseits haben wir erleben dürfen, dass ein falsches und einseitiges Verständnis von Gender Mainstreaming zu Kürzungen

⁵ Neuauflage; erschienen zur Zeit des Senatsamtes für die Gleichstellung

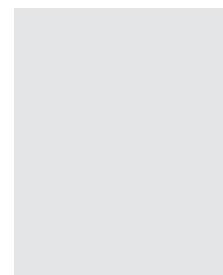
im Mädchen- und Frauenbereich führt, es aber andererseits die Geschlechterfrage in alle Lebensbereiche einführen könnte.

Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint die Strategie geboten, so lange Mädchen- und Frauenförderung zu fordern, wie Ungerechtigkeiten für Mädchen und Frauen in unserer Gesellschaft strukturell verankert sind.

Wieder einmal sind wir aufgefordert, Mädchen- und Fraueninteressen in das Bewusstsein der agierenden Politiker und Politikerinnen zu bringen, bisher Erreichtes zu verteidigen und langfristig Grenzen auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit zu überwinden.

Literatur

- Bitzan, Maria und Daigler, Claudia (2004): Eigensinn und Einmischung. Einführung in Grundlagen und Perspektiven parteilicher Mädchenarbeit. Weinheim
- Brockhaus (1992), Bd. 17. Mannheim, S. 300
- Freie und Hansestadt Hamburg (2001): Senatsamt für die Gleichstellung: Gender-Mainstreaming: Künftig berücksichtigt die Hamburger Politik die Vielfalt der Lebensformen und Erfahrungen von Frauen und Männern http://fhh1.hamburg.de/fhh/aktuelle_meldungen/archiv_2001/september/pe_2001_09_11_sfg_01.pdf
- Freie und Hansestadt Hamburg (2005): Behörde für Soziales und Familie Amt für Familie, Jugend und Sozialordnung: Globalrichtlinie GR J 2/06 vom 13.12.2005: „Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in den Bezirken“ www.hamburg.de/contentblob/117510/data/globalrichtlinie-2-2006.pdf
- Freie und Hansestadt Hamburg (2008a): Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz. Informationen zum Thema Gleichstellung. www.hamburg.de/gleichstellung/
- Freie und Hansestadt Hamburg (2008b): Doppelhaushalt 2009/2010. Einzelplan 4. Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz. www.hamburg.de/contentblob/807006/data/einzelplan4.pdf
- Hamburgische Bürgerschaft (2008): Frauen im Parlament. www.hamburgische-buergerschaft.de/cms_de.php?templ=abg_sta.tpl&sub1=63&sub2=134&sub3=340&cont=184
- Koalitionsvertrag (2007): Vertrag über die Zusammenarbeit in der 19. Wahlperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der Christlich Demokratischen Union, Landesverband Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg, GAL http://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2008/597/pdf/2008_koalitionsvertrag.pdf
- Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik Hamburg e.V.: Aufgaben und Ziele www.maedchenpolitik-hamburg.de/aufgaben.htm
- Schneider, Silke (2004): Historische feministische Forschung zur Rolle von Frauen im Nationalsozialismus. In: Vortrag für die Fünfte Feministische Winter-Uni, Ruhruniversität Bochum
- Stiegler, Barbara (2001): Gender Mainstreaming www.fes.de/gender/gm.htm
- Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 6. Juni 1952 (HmbBL I 100-a), zuletzt geändert am 16. Mai 2001 (HmbGVBl. S. 106) www.hamburg.de/contentblob/202338/data/verfassung.pdf
- Wallner, Claudia (2008): Von der Mädchenarbeit zum Gender? Aktuelle Aufgaben und Ziele von Mädchenarbeit in Zeiten von Gender Mainstreaming. Berlin



Heike Rupp, Jg. 1957, Dipl.-Soz.päd.; Studium der Sozialpädagogik in Wiesbaden; seit 1993 Leiterin des Mädchentreffs Schanzenviertel e.V., Mitglied im Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik Hamburg e.V., diverse Veröffentlichungen zum Thema Mädchenarbeit. info@maedchentreff-schanze.de